



Ausgabe 19 | Mai 2020

LEXinform-Newsletter

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie Ihren wöchentlichen LEXinform Newsletter mit aktuellen Meldungen.

Ihre LEXinform Newsletter-Redaktion

INHALTSVERZEICHNIS

> Steuern

Finanzgerichte

- > Aufwendungen für die Strafverteidigung des Kindes als außergewöhnliche Belastungen nach § 33 EStG
- > Zum Erstattungsanspruch einer für die Ausführung des AsylbLG zuständigen unteren Aufnahmebehörde gegen die Familienkasse
- > Übertragung des BEA-Freibetrags: Anforderungen an das Merkmal der regelmäßigen, nicht unwesentlichen Betreuung
- > Widerlegung des Anscheinsbeweises für die private Nutzung eines betrieblichen Pkw durch den einzigen Kommanditisten einer GmbH & Co KG
- > Vorschriftswidriges Verbringen eines Kraftfahrzeugs aus der Schweiz in das Zollgebiet der Union
- > Feststellungsverfahren bei Aufgabe eines von Ehegatten betriebenen landwirtschaftlichen Verpachtungsbetriebs
- > Auswahlermessen der Finanzbehörde bei Bekanntgabe von Steuerbescheiden an Steuerpflichtigen oder an Bevollmächtigten ohne Empfangsvollmacht
- > Berichtigung von Anzahlungsrechnungen für später nicht gelieferte Blockheizkraftwerke

Finanzverwaltung

- > Tarifiermäßigung für Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft
- > Änderung des Anwendungserlasses zur Abgabenordnung (AEAO)
- > Bekanntmachung des amtlich vorgeschriebenen Datensatzes und der amtlich bestimmten Schnittstelle für Mitteilungen über

grenzüberschreitende Steuergestaltungen (§ 138f Abs. 1 AO)

- › Kabinett beschließt Entwurf des Corona-Steuerhilfegesetzes

Weitere Meldungen

- › Coronakrise - Weitere Sofortmaßnahmen des BMF zur Entlastung der Steuerpflichtigen
- › Bei welchen Mandanten ab VZ 2019 könnte zu prüfen sein, ob wissenschaftlich nicht anerkannte Heilmethoden aufgrund ärztlicher Verordnung als außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden können?

› Recht

Arbeit und Soziales

- › SGB II: Mund-Nase-Bedeckung begründet keinen Mehrbedarf
- › Besonderer Vermögensschutz bei Opfern von Gewalttaten
- › EU-Ausländer: Folgen der Verlustfeststellung

Wirtschaftsrecht

- › Beschlüsse der EZB zum Staatsanleihekaufprogramm kompetenzwidrig
- › Zur urheberrechtlichen Zulässigkeit der Veröffentlichung von Buchbeiträgen eines Bundestagsabgeordneten durch ein Internet-Nachrichtenportal
- › Zur urheberrechtlichen Zulässigkeit der Veröffentlichung militärischer Lageberichte
- › Zur Rechtswidrigkeit des Tonträger-Samplings

Zivilrecht

- › Widerrufsrecht eines Handy-Kunden unabhängig von der Höhe einer angekündigten Preiserhöhung
- › Verjährung von Schadensersatzansprüchen gegen die Volkswagen-AG aufgrund des sog. Abgasskandals
- › Pauschalreisen kostenlos stornieren können
- › Anmeldeportal für Thomas Cook-Ausgleichszahlungen freigeschaltet

Sonstiges Recht

- › Bund stellt 10 Millionen Euro für Corona-bedingte Schutzmaßnahmen in Museen bereit
- › Hilfen für Studentinnen und Studenten

› Wirtschaft

Branchen

- › VR Branchen special - Aktualisierte Branchenberichte

Personal

- › Die niedrigen Gehälter der versteckten Corona-Helden

Finanzgerichte

Aufwendungen für die Strafverteidigung des Kindes als außergewöhnliche Belastungen nach § 33 EStG

Hessisches Finanzgericht, 9-K-1344/19, Urteil vom 11.03.2020

1. Aufwendungen für die Strafverteidigung eines Kindes sind nicht als außergewöhnliche Belastungen gemäß § 33 EStG berücksichtigungsfähig.
2. § 33 Abs. 2 S. 4 EStG stellt eine abschließende Regelung für alle Prozesskosten, auch für die Kosten der Strafverteidigung eines Kindes, dar.
3. Strafverteidigungskosten eines Kindes sind keine typischen Unterhaltsaufwendungen, die als Unterstützungsleistungen nach § 33a EStG steuerlich berücksichtigungsfähig sind.

➤ [mehr in LEXinform 5022908 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Zum Erstattungsanspruch einer für die Ausführung des AsylbLG zuständigen unteren Aufnahmebehörde gegen die Familienkasse

Finanzgericht Baden-Württemberg, 3-K-1614/17, Mitteilung vom 06.05.2020

Subsidiär Schutzberechtigte erfüllen nicht die persönlichen Voraussetzungen des Vorläufigen Europäischen Abkommens über Soziale Sicherheit unter Ausschluss der Systeme für den Fall des Alters, der Invalidität und zugunsten der Hinterbliebenen vom 11. Dezember 1953 (VEA). Dies hat das FG Baden-Württemberg entschieden.

➤ [mehr in LEXinform 0456560 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Übertragung des BEA-Freibetrags: Anforderungen an das Merkmal der regelmäßigen, nicht unwesentlichen Betreuung

Niedersächsisches Finanzgericht, 9-K-20/19, Mitteilung vom 07.05.2020

Das FG Niedersachsen hat entschieden, dass ein Vater, der seinen bei seiner geschiedenen Ehefrau lebenden minderjährigen Sohn entsprechend dem vereinbarten Umgangsrecht nahezu an jedem zweiten Wochenende abholt und betreut, einen nicht unwesentlichen zeitlichen Betreuungsanteil i. S. v. § 32 Abs. 6 Satz 9 Alt. 2 EStG leistet und damit der Übertragung des ihm zustehenden Freibetrags für den Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsbedarf (BEA-Freibetrags) auf die Kindesmutter wirksam widersprechen kann.

➤ [mehr in LEXinform 0456568 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Widerlegung des Anscheinsbeweises für die private Nutzung eines betrieblichen Pkw durch den einzigen Kommanditisten einer GmbH & Co KG

Niedersächsisches Finanzgericht, 9-K-104/19, Mitteilung vom 07.05.2020

Nach allgemeiner Lebenserfahrung werden betriebliche Fahrzeuge, die auch zur Nutzung für private Zwecke zur Verfügung stehen, tatsächlich auch privat genutzt. Das FG Niedersachsen hat sich intensiver mit der Frage auseinandergesetzt, welche Anforderungen an die Vergleichbarkeit in puncto Status und Gebrauchswert zu stellen sind, um den Beweis des ersten Anscheins zu erschüttern, wenn für Privatfahrten ein weiteres Fahrzeug zur uneingeschränkten Nutzung zur Verfügung steht.

➤ [mehr in LEXinform 0456567 | Körperschaftsteuer](#)



Vorschriftswidriges Verbringen eines Kraftfahrzeugs aus der Schweiz in das Zollgebiet der Union

Finanzgericht Baden-Württemberg, 11-K-2256/17, Mitteilung vom 06.05.2020

Dient das Verbringen eines Fahrzeugs allein dem Zweck der Fahrzeugübergabe zur Erfüllung des Kaufvertrags eines Autohändlers mit Sitz im Drittland (hier: Schweiz), liegt keine vorübergehende Verwendung als Beförderungsmittel vor. Auch eine nur geringfügige Verwendung der Ware führt lt. FG Baden-Württemberg nicht zum Erlöschen der Zollschuld.

➤ [mehr in LEXinform 0456561 | Sonstiges Steuerrecht](#)



Feststellungsverfahren bei Aufgabe eines von Ehegatten betriebenen landwirtschaftlichen Verpachtungsbetriebs

Finanzgericht Baden-Württemberg, 1-K-135/19, Mitteilung vom 06.05.2020

Landwirtehegatten sind Mitunternehmer, solange der landwirtschaftliche Grundbesitz beiden Ehegatten oder jedem Ehegatten im Alleineigentum oder Miteigentum gehört und dessen wirtschaftlicher Erfolg gemeinsam gefördert wird. Der jeweiligen verfahrensrechtlichen Eigenständigkeit von Festsetzungs- und Feststellungsverfahren widerspricht es lt. FG Baden-Württemberg, wenn der Erlass eines Feststellungsbescheids bereits deshalb ausgeschlossen wäre, weil die Festsetzungsfrist für die Folgesteuern bereits abgelaufen ist.

➤ [mehr in LEXinform 0456558 | Steuerliches Verfahrensrecht](#)



Auswahlermessen der Finanzbehörde bei Bekanntgabe von Steuerbescheiden an Steuerpflichtigen oder an Bevollmächtigten ohne Empfangsvollmacht

Finanzgericht Baden-Württemberg, 7-K-940/18, Mitteilung vom 06.05.2020

Das Finanzamt ist in seinem Ermessen bei der Bekanntgabe von Steuerbescheiden nicht dahin beschränkt, dass Steuerbescheide nur der vom Steuerpflichtigen mit der Bearbeitung der Steuersache betrauten Rechtsanwaltskanzlei bekannt gegeben werden dürfen. Dies hat das FG Baden-Württemberg entschieden.

➤ [mehr in LEXinform 0456559 | Steuerliches Verfahrensrecht](#)



Berichtigung von Anzahlungsrechnungen für später nicht gelieferte Blockheizkraftwerke

Finanzgericht Baden-Württemberg, 1-K-2617/19, Mitteilung vom 06.05.2020

Das FG Baden-Württemberg hatte über die Berichtigung von Anzahlungsrechnungen für später nicht gelieferte Blockheizkraftwerke zu entscheiden.



Finanzverwaltung

Tarifiermäßigung für Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft

Bundesministerium der Finanzen, Mitteilung vom 06.05.2020

Das BMF stellt die Antragsformulare nach § 32c EStG für die Jahre 2016 und 2019 mit Erläuterungen und einer Arbeitshilfe zur Verfügung.

› mehr in LEXinform 0456552 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Änderung des Anwendungserlasses zur Abgabenordnung (AEAO)

Bundesministerium der Finanzen, IV A 4 - S-0316 / 19 / 10003 :004, IV A 3 - S-0062 / 20 / 10001 :001, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 04.05.2020

Das BMF hat den Anwendungserlasses zur Abgabenordnung zu den Bestimmungen der §§ 30, 31, 88, 138a, 146, 146a, 147, 364a, und 365 der Abgabenordnung geändert.

› mehr in LEXinform 7012307 | Steuerliches Verfahrensrecht



Bekanntmachung des amtlich vorgeschriebenen Datensatzes und der amtlich bestimmten Schnittstelle für Mitteilungen über grenzüberschreitende Steuergestaltungen (§ 138f Abs. 1 AO)

Bundesministerium der Finanzen, IV B 6 - S-1316 / 19 / 10024 :012, Schreiben vom 29.04.2020

Grenzüberschreitende Steuergestaltungen sind dem Bundeszentralamt für Steuern nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz über die amtlich bestimmte Schnittstelle mitzuteilen. Die Übermittlung des Datensatzes hat nach Maßgabe der §§ 87a und 87b AO elektronisch zu erfolgen. Das BMF gibt nähere Informationen zur Datenübermittlung bekannt.

› mehr in LEXinform 7012304 | Steuerliches Verfahrensrecht



Kabinett beschließt Entwurf des Corona-Steuerhilfegesetzes

Bundesministerium der Finanzen, Pressemitteilung vom 06.05.2020

Mit dem am 06.05.2020 vom Kabinett beschlossenen Entwurf des Corona-Steuerhilfegesetzes ergänzt die Bundesregierung ihre weitreichenden Hilfsprogramme zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie und setzt die Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 22. April im Steuerrecht zügig um. Die Gastronomie ist durch den Lockdown besonders hart betroffen. Damit Restaurants und Gaststätten bei Öffnung besser durchstarten können, wird die Umsatzsteuer auf Speisen befristet auf 7 Prozent gesenkt.

› mehr in LEXinform 0456553 | Umsatzsteuer



Weitere Meldungen

Coronakrise - Weitere Sofortmaßnahmen des BMF zur Entlastung der Steuerpflichtigen

Deubner Verlag, Anmerkung vom 05.05.2020

Das BMF hat in mehreren Schreiben Maßnahmen zur Soforthilfe beschlossen, durch die Steuerpflichtige während der Coronakrise entlastet und zusätzliche Liquidität zur Verfügung gestellt bekommen. sollen.

➤ [mehr in LEXinform 0653734 | Sonstiges Steuerrecht](#)



Bei welchen Mandanten ab VZ 2019 könnte zu prüfen sein, ob wissenschaftlich nicht anerkannte Heilmethoden aufgrund ärztlicher Verordnung als außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden können?

DATEV Redaktion LEXinform, Produktinformation vom 07.05.2020

Den Aufruf dieser aktuellen Auswertung sowie Informationen zum Daten-Analyse-System finden Sie im Dokument 2300017 in LEXinform/Info-Datenbank.

➤ [mehr in LEXinform 2300017 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Recht

Arbeit und Soziales

SGB II: Mund-Nase-Bedeckung begründet keinen Mehrbedarf

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, L-7-AS-635/20, Pressemitteilung vom 06.05.2020

Die derzeit zum Schutz vor Neuinfizierungen mit dem Coronavirus vorgeschriebenen Gesichtsbedeckungen sind aus dem SGB II-Regelbedarf zu finanzieren, da sie als Bestandteil der Bekleidung angesehen werden können. Dies hat das LSG Nordrhein-Westfalen entschieden.

➤ [mehr in LEXinform 0456562 | Sozialrecht](#)



Besonderer Vermögensschutz bei Opfern von Gewalttaten

Bundessozialgericht, B-8-SO-12/18-R, Pressemitteilung vom 05.05.2020

Das BSG hatte zu entscheiden, ob Vermögen, das aus Zahlungen einer Grundrente an ein Opfer einer Gewalttat angespart worden ist, aufgebraucht werden muss, bevor ein Anspruch auf Sozialhilfe besteht.

➤ [mehr in LEXinform 0456545 | Sozialrecht](#)



EU-Ausländer: Folgen der Verlustfeststellung

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, L-19-AS-2035/19-B-ER, Pressemitteilung vom 05.05.2020

Hat die Ausländerbehörde den Verlust des Freizügigkeitsrechts festgestellt, fehlt der für die Gewährung von SGB II-Leistungen erforderliche gewöhnliche

Aufenthalt trotz paralleler verwaltungsgerichtlicher Klage. Dies hat das LSG Nordrhein-Westfalen entschieden.

➤ [mehr in LEXinform 0456551 | Sozialrecht](#)



Wirtschaftsrecht

Beschlüsse der EZB zum Staatsanleihekaufprogramm kompetenzwidrig

Bundesverfassungsgericht, 2-BvR-859/15, Pressemitteilung vom 05.05.2020

Das BVerfG hat mehreren Verfassungsbeschwerden gegen das Staatsanleihekaufprogramm (Public Sector Purchase Programme - PSPP) stattgegeben.

➤ [mehr in LEXinform 0456543 | Finanzdienstleistungen](#)



Zur urheberrechtlichen Zulässigkeit der Veröffentlichung von Buchbeiträgen eines Bundestagsabgeordneten durch ein Internet-Nachrichtenportal

Bundesgerichtshof, I-ZR-228/15, Pressemitteilung vom 30.04.2020

Der BGH hat entschieden, dass die Veröffentlichung von Buchbeiträgen eines Bundestagsabgeordneten auf einem Internet-Nachrichtenportal zulässig war.

➤ [mehr in LEXinform 0456518 | Urheber-/Marken-/Patentrecht](#)



Zur urheberrechtlichen Zulässigkeit der Veröffentlichung militärischer Lageberichte

Bundesgerichtshof, I-ZR-139/15, Pressemitteilung vom 30.04.2020

Der BGH hat entschieden, dass die Bundesrepublik Deutschland die Veröffentlichung militärischer Lageberichte über den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr durch die Presse nicht unter Berufung auf das Urheberrecht untersagen kann.

➤ [mehr in LEXinform 0456519 | Urheber-/Marken-/Patentrecht](#)



Zur Rechtswidrigkeit des Tonträger-Samplings

Bundesgerichtshof, I-ZR-115/16, Pressemitteilung vom 30.04.2020

Der BGH hat über die Frage entschieden, unter welchen Voraussetzungen Rechte des Tonträgerherstellers durch Sampling verletzt werden.

➤ [mehr in LEXinform 0456521 | Urheber-/Marken-/Patentrecht](#)



Zivilrecht

Widerrufsrecht eines Handy-Kunden unabhängig von der Höhe einer angekündigten Preiserhöhung

Oberlandesgericht Frankfurt am Main, 1-U-46/19, Pressemitteilung vom

04.05.2020

Das OLG Frankfurt am Main hat entschieden, dass Handy-Kunden unabhängig von der Höhe einer angekündigten Preiserhöhung durch den Mobilfunkanbieter immer ein Widerrufsrecht haben.

[➤ mehr in LEXinform 0456538 | Vertragsrecht](#)



Verjährung von Schadensersatzansprüchen gegen die Volkswagen-AG aufgrund des sog. Abgasskandals

Oberlandesgericht Stuttgart, 7-U-470/19, Pressemitteilung vom 04.05.2020

Das OLG Stuttgart hat die VW-AG zu Schadensersatz wegen vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung gemäß § 826 BGB an den Käufer eines Fahrzeugs mit einem Dieselmotor des Typs EA 189 verurteilt. Obwohl die Klage erst im Jahr 2019 erhoben wurde, hat das Gericht die Ansprüche nicht als verjährt angesehen.

[➤ mehr in LEXinform 0456539 | Vertragsrecht](#)



Pauschalreisen kostenlos stornieren können

Verbraucherzentrale Bundesverband, Pressemitteilung vom 04.05.2020

Verbraucher haben die Möglichkeit, ihre Auslands-Pauschalreisen, die bis Ende August stattfinden sollen, kostenlos zu stornieren. Das bestätigt ein Gutachten von Reiserechtler Prof. Klaus Tonner im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv).

[➤ mehr in LEXinform 0456541 | Vertragsrecht](#)



Anmeldeportal für Thomas Cook-Ausgleichszahlungen freigeschaltet

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Pressemitteilung vom 06.05.2020

Ab 06.05.2020 können Pauschalreisende, die bei einem deutschen Reiseveranstalter der Thomas Cook-Gruppe, bei der Thomas Cook International AG oder der Tour Vital Touristik GmbH gebucht hatten und aufgrund der Insolvenz dieser Reiseveranstalter Schäden erlitten haben, die freiwillige Ausgleichszahlung der Bundesregierung in einem online-basierten Verfahren in Anspruch nehmen.

[➤ mehr in LEXinform 0456563 | Vertragsrecht](#)



Sonstiges Recht

Bund stellt 10 Millionen Euro für Corona-bedingte Schutzmaßnahmen in Museen bereit

Bundesregierung, Pressemitteilung vom 30.04.2020

Kulturstaatsministerin Monika Grütters stellt aus dem Kulturretat zehn Millionen Euro für ein Sofortprogramm NEUSTART zur Verfügung, mit dem Corona-bedingte Umbaumaßnahmen in Kultureinrichtungen finanziert werden können. Das soll helfen, kleineren und mittleren Kultureinrichtungen in Deutschland die rasche Wiedereröffnung nach der Pandemie-bedingten Schließung zu ermöglichen.

[➤ mehr in LEXinform 0456533 | Sonstiges Recht](#)



Hilfen für Studentinnen und Studenten

Bundesregierung, Mitteilung vom 30.04.2020

In der Corona-Pandemie haben viele Studentinnen und Studenten ihre Jobs verloren. Viele haben keine andere finanzielle Förderung oder ausreichende Rücklagen. Ihnen stellt die Bundesregierung nun eine Überbrückungshilfe zur Verfügung.

> mehr in LEXinform 0456534 | Sonstiges Recht



Wirtschaft

Branchen

VR Branchen special - Aktualisierte Branchenberichte

DATEV Redaktion LEXinform, Übersicht vom 22.04.2020

Diese Branchenberichte wurden aktualisiert: Einzelhandel mit Sport und Spiel; Ernährungshandwerk; Gastronomie; Grundstücks- und Wohnungswesen; Gummi- und Kunststoffindustrie; Kfz-Handel, Werkstätten und Tankstellen; Maschinenbau; Private Unterrichtsanbieter; Textil- und Modeindustrie

> mehr in LEXinform 2200900



Personal

Die niedrigen Gehälter der versteckten Corona-Helden

DATEV Redaktion LEXinform, Pressemitteilung vom 06.05.2020

Die Liste der 'systemrelevanten Berufe' wird nach und nach erweitert. Aus diesem Anlass haben die Analysten von Gehalt.de die Einkommen einiger dieser Fachkräfte untersucht. Sie agieren als versteckte Heldinnen und Helden in der Corona-Krise und erhalten dafür meist ein vergleichsweise niedriges Gehalt. Hier die wichtigsten Ergebnisse der Analyse aus 19.659 Datensätzen:

> mehr in LEXinform 2094270



Fragen und Kommentare

DATEV-Mitgliedern ist es gestattet, den LEXinform-Newsletter in unveränderter Form auf ihrer Kanzlei-Homepage zu veröffentlichen.

Die Newsletter-Ausgaben finden Sie auch in LEXinform. Produkthinweis: Nutzen Sie auch die wöchentlich erscheinende Zeitschrift "[LEXinform aktuell \(E-Paper\)](#)" oder "[LEXinform aktuell \(Print\)](#)" mit aktueller Rechtsprechung, Gesetzgebung, Verwaltungsanweisungen und Mehrwerten wie BFH-Kommentierungen, Praxisbeiträgen und Sonder-Rubriken (Lohn/Personal, Immobilien im Steuerrecht, Rechnungswesen, GmbH-Beratung und Für

Kanzlei-Mitarbeiter). Weitere Informationen zu unseren Produkten und Leistungen finden Sie [hier](#).

Wenn Sie uns eine E-Mail schicken wollen, nutzen Sie entweder die "Antworten"-Funktion Ihres Mail-Programms oder senden Sie Ihre Nachricht an: lexinform@service.datev.de.

Bestellen/abbestellen

Falls Sie den LEXinform-Newsletter weitergeleitet bekommen haben und in Zukunft ebenfalls erhalten möchten, können Sie ihn hier kostenlos [bestellen](#).

Hier können Sie den Newsletter [abbestellen](#) oder [Ihre persönlichen Daten ändern](#).

Verantwortlich: Kerstin Welszek

[Datenschutz](#) | [Impressum](#) © DATEV eG

Signatur

Diese E-Mail wurde mit einem Zertifikat der DATEV eG signiert. Damit können Sie sicher sein, dass die Nachricht so von uns gesendet wurde. Wenn Sie eine Meldung erhalten, dass die Signatur ungültig ist oder nicht geprüft werden kann, fehlt das Zertifikat zu dieser Signatur auf Ihrem Rechner. Informationen zu Zertifikaten und zur digitalen Signatur finden Sie unter www.datev.de/zertifikate im Internet.

Datenschutz

Informationen zum Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten bei DATEV finden Sie unter www.datev.de/dsgvo-information.

DATEV eG

90329 Nürnberg

Telefon: +49 911 319-0

E-Mail: info@datev.de

Internet: www.datev.de

Sitz: 90429 Nürnberg, Paumgartnerstraße 6-14

Registergericht Nürnberg, GenReg Nr. 70

USt-IdNr. DE 133546770

Vorstand

Dr. Robert Mayr (Vorsitzender)

Eckhard Schwarzer (stellv. Vorsitzender)

Julia Bangerth

Prof. Dr. Peter Krug

Diana Windmeißer

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Nicolas Hofmann